Die Erklärung des neuen Herzogs von Braunschweig.

Als Antwort auf die Haltung der hannoverschen Welfenpartei, die unter Berufung auf Vater und Sohn Cumberland ihre Politik in verstärktem Maßstabe fortsetzt, veröffentlicht jetzt die ‚Norddeutsche Allgemeine Zeitung‘ ein Schreiben, das bereits vor zwei Monaten, also vor der Hochzeit, der Prinz Ernst August von Cumberland mit Genehmigung seines Vaters (wie das amtliche Blatt ausdrücklich hinzufügt) an den Reichskanzler gerichtet hat. Das Schreiben lautet:

„Eure Exzellenz beehre ich mich davon in Kenntnis zu setzen, daß mein Herr Vater, Seine Königliche Hoheit der Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, den Entschluß gefaßt hat, in der Voraussicht der Aufhebung der Beschlüsse des Bundesrats vom 2. Juli 1885 und 28. Februar 1907 seine Rechte auf die Regierung in dem Herzogtum Braunschweig auf mich zu übertragen. Der Übernahme der Regierung in Braunschweig durch ein Mitglied unsres Hauses standen bisher die vorbezeichneten Beschlüsse des Bundesrats entgegen. Die bekannten meine Person betreffenden jüngsten Ereignisse, insonderheit meine Verlobung mit Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen, haben die den Beschlüssen des Bundesrats zugrunde liegende Sach- und Rechtslage geändert. Mit Zustimmung meines Herrn Vaters habe ich meine Anstellung als Offizier im Königlich preußischen Heere nachgesucht und Seiner Majestät dem Kaiser und Könige Treue und Gehorsam eidlich gelobt. Darin liegt das Versprechen, daß ich nichts tun und nichts unterstützen werde, was darauf gerichtet ist, den derzeitigen Besitzstand Preußens zu verändern. Diese Sach- und Rechtslage wird in Verbindung mit dem Verzicht meines Herrn Vaters auf den Braunschweigischen Thron nach meiner Überzeugung die Aufhebung der früheren Beschlüsse des Bundesrats rechtfertigen. Ich darf mir vorbehalten, eine Verzichtserklärung meines Herrn Vaters auf den Braunschweigischen Thron seinerzeit zu überreichen.“

In bezug auf die Person des Prinzen Ernst August dürfte die Erklärung genügen. Sie enthält keinen ausdrücklichen Verzicht auf Hannover; aber das Versprechen „nichts tun und nichts unterstützen zu wollen, was darauf gerichtet ist, den derzeitigen Besitzstand Preußens zu verändern“, dürfte einem tatsächlichen Verzicht gleichgeachtet werden. Die Erklärung des Prinzen Ernst August wird der preußischen Regierung und folglich auch dem Bundesrate genügen und somit wird der Thronbesteigung des Prinzen in Braunschweig nichts mehr im Wege stehen.

Die Welfenpartei erklärt, daß das Schreiben des Prinzen an den Reichskanzler an der Rechtslage nichts geändert habe.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Kaiser Wilhelm hat zur Weitergabe an die Öffentlichkeit einen Erlaß an den Reichskanzler gerichtet, in dem er seinen Dank für alle Ehrungen anläßlich seines Regierungsjubiläums ausspricht.

*Über die endgültige Gestaltung des Wehrbeitrages finden im Reichsschatzamt fortdauernd vertrauliche Besprechungen statt, zu denen nunmehr auch die Regierung Stellung genommen hat. Sie hat folgende Forderung aufgestellt: 1) Hinaufsetzung der Höchstgrenze der Einkommenbesteuerung auf 10 000 Mk.; 2) keine Kapitalisierung des Einkommens durch die beschlossene Multiplikation; 3) Ermäßigung des Höchstsatzes der Steuer auf 1 Prozent, allenfalls auf 1¼ Prozent; 4) bei den Strafen Beseitigung der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, überhaupt eine Milderung der Strafen.

*In der Donnerstag-Sitzung der Budgetkommission des Reichstags wurde ein nationalliberaler Antrag, mit Rücksicht auf die geplante Einführung einer allgemeinen Vermögenszuwachssteuer die schon bestehende besondere Wertzuwachssteuer aufzuheben, von der Mehrheit abgelehnt. Was die Vermögenszuwachssteuer selbst angeht, so beschloß man mit großer Mehrheit folgendes: Die Steuer beträgt für den ganzen Erhebungszeitraum bei einem steuerpflichtigen Vermögenszuwachs von nicht mehr als

	50 000 Mk.	0,75	Prozent des Zuwachses
50 000—	100 000 „	0,90	„ „ „
100 000—	300 000 „	1,05	„ „ „
300 000—	500 000 „	1,20	„ „ „
500 000—	1 000 000 „	1,35	„ „ „
1 000 000	„	1,50	„ „ „

Die von der vorgeschlagenen neuen Staffel erfaßte Steuersumme ergibt rund 100 Millionen (statt 80 Millionen der Vorlage). Absatz 2 der Vorlage, wonach sich der Steuersatz um 0,1 bis 1 Prozent des Zuwachses erhöht, wenn der Gesamtwert des steuerbaren Vermögens eines Steuerpflichtigen den Betrag von 100 000 Mk. bis 10 Millionen übersteigt, blieb unverändert.

*Bei der Donnerstag stattgehabten Reichstagsstichwahl für den Wahlkreis Waldeck-Pyrmont erhielten Amtsgerichtsrat Vietmeyer (Wirtsch. Vgg.) 6327 und Friedrich Naumann (Fortschr. Vp.) 6593 Stimmen. Naumann ist somit gewählt.

Spanien.

*In Barcelona nimmt die antimilitaristische Bewegung immer bedrohlichere Formen an. Die zur Herstellung der Ordnung in den Straßen aufgebotene Gendarmerie und Polizei wurde mit Revolverschüssen empfangen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Deutscher Reichstag.

(Orig.-Bericht.) Berlin, 21. Juni.

Am Donnerstag wurde die zweite Lesung der Wehrvorlage fortgesetzt. Gleich zu Beginn der Sitzung weist der Kriegsminister v. Heeringen einige Behauptungen des Abg. Zubeil (soz.) über den Major v. Roon, der vor 36 Jahren seinen Burschen erschossen haben soll, als unwahr zurück. Sodann begründete der Abgeordnete Heine (soz.) einen sozialdemokratischen Antrag, einen Artikel aufzunehmen, der den Angehörigen der Armee die Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung und ihrer außerdienstlichen Betätigung gewährleistet.

Abg. Dr. Quarck-Koburg (natl.): Der sozialdemokratische Antrag ist der Höhepunkt aller bisherigen sozialdemokratischen Anträge. Das Schnüffeln nach politischer Gesinnung ist uns gleichfalls widerwärtig und erscheint uns überflüssig. Die Sozialdemokraten wollen aber in Wirklichkeit die gesetzliche Festlegung der Agitationsfreiheit in den Kasernen.

Abg. Vogtherr (soz.): Die Rede war nichts als hilfloses Gestammel. (Der Redner wird zur Ordnung gerufen.) Dissidenten duldet man nicht in der Armee. Als ein Soldat sich einmal als Dissident meldete, erwiderte der Hauptmann: Dissidenten gibt es bei uns nicht, Sie haben binnen drei Tagen eine anständige Religion zu wählen.

Abg. Kreth (kons.): Die religiöse Betätigung ist in der deutschen Armee niemand verwehrt. Eine politisierende Armee wäre das Ende der bürgerlichen Freiheit. Nach einer weiteren Bemerkung des Abg. Giebel (soz.) werden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt.

Eine Resolution der Budgetkommission tritt dafür ein, daß Soldaten der Besuch einer Räumlichkeit nicht verboten werden darf, weil der Inhaber eine bestimmte politische Überzeugung hat, oder Angehörigen einer politischen Partei seine Räume zur Verfügung stellt.

Abg. Dr. Frank (soz.): Wir wenden uns um der Gerechtigkeit willen gegen den militärischen Boykott, obwohl er uns mehr nützt als schadet. Denn der Militärboykott treibt uns tausende Reservisten nach ihrer Entlassung zu. Im weiteren Verlauf der Debatte über diesen Gegenstand sprechen noch die Abgg. Liesching (fortschr. Vp.) und Peirotes (soz.), die sich gegen das Militärverbot aussprechen, und Generalmajor v. Wandel, der in verschiedenen Fällen eine Untersuchung zusagt.

Die Abgg. Dr. Frank (soz.) und Dr. Müller-Meiningen (fortschr. Vp.) kommen noch einmal auf das Verbot der ‚Neuen Straßburger Zeitung‘ und erklären das Vorgehen des Generals v. Deimling für herausfordernd.

Kriegsminister v. Heeringen:

Ich weise das entschieden zurück. Auf die Frage, auf Grund welcher gesetzlicher Bestimmungen General v. Deimling die Zeitung verboten hat, antworte ich zunächst: Ich habe ihn noch nicht gefragt. Soviel ist ganz klar, mit dem Reichspressegesetz hat die Sache überhaupt nichts zu tun. General v. Deimling hat in Ausübung seiner Pflicht zu handeln geglaubt, während ihrer Dienstzeit seine Leute nicht schädigen zu lassen. Darin liegt etwas Berechtigtes.

Abg. Müller-Meiningen (fortschr. Vp.): Auf meine Frage nach dem gesetzlichen Grund des Straßburger Erlasses ist noch immer keine Antwort erfolgt. Herr v. Deimling hat hier schon einmal eine unglückliche Rolle gespielt. Damals sagte er, der Reichstag sei überflüssig, die Militärs machten doch, was sie wollten. Alle Parteien haben gegen Deimling protestiert, auch das Zentrum.

Die Aussprache schließt. Die Abstimmung soll Freitag erfolgen. Man kommt zur Erörterung der

Frage der Beförderung,

wozu der Abg. Bernstein (soz.) folgenden Antrag seiner Partei begründet: Die Beförderung innerhalb der Armee darf nur von der persönlichen Tüchtigkeit abhängig gemacht werden. Auf die gesellschaftliche Stellung oder die Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft oder politischen Partei darf keine Rücksicht genommen werden. Die Beratung schließt bald, der Antrag wird abgelehnt.

Das Haus hatte am Freitag zunächst eine Anfrage zu erledigen.

Abg. Dombeck (Pole) weist darauf hin, daß der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein zu Kattowitz nach dem letzten Bergarbeiterstreik über Arbeiter die Aussperrung auf drei Monate verhängt haben soll. Die Königlich Preußische Bergwerksdirektion Zabrze soll sich diesem Beschlusse angeschlossen haben.

Ministerialdirektor Dr. Casper erklärt, daß eine Aussperrung von drei Monaten nicht verhängt worden ist. Später wurde eine Aussperrung ausgesprochen. Der Handelsminister hat sofort das Erforderliche veranlaßt, um die Aussperrung aufzuheben. Sie hat nur zwei Wochen gedauert.

Darauf wird die zweite Lesung der Wehrvorlage fortgesetzt. Zunächst entspinnt sich eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte.

Dann wird abgestimmt über Resolutionen vom Tage zuvor. Die sozialdemokratische Resolution, die die Behörden für einen Militärboykott haftbar machen will, wird mit 201 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Die Resolution der Kommission, die sich im allgemeinen gegen den Boykott ausspricht, wird im Hammelsprung mit 196 gegen 100 Stimmen angenommen. — Die Beratungen über den sozialdemokratischen Antrag, wonach die Beförderung innerhalb der Armee nur von der persönlichen Tüchtigkeit abhängig sein soll, wird dann fortgesetzt.

Abg. Dr. Werner-Gießen (wirtsch. Vgg.): Ich bin kein unbedingter Lobredner des Offizierkorps. Es sind schon oberfaule Sachen da vorgekommen. Wir lehnen die jüdischen Offiziere ab. Redner ergeht sich dann noch weiter in antisemitischen Ausführungen.

Abg. Erzberger (Zentr.): Wir haben die nationale Pflicht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Vorlage bis zum 1. Juli verabschiedet werden kann. Ein Wort der ernsten Mahnung muß ich an den Kriegsminister richten. Um die Besetzung der Offiziersstellen zu ermöglichen, sollte er endlich dem wiederholten Drängen des Reichstags Rechnung tragen und den unsittlichen Duellzwang im Heere restlos beseitigen.

Es folgen weitere Bemerkungen der Abgeordneten Bernstein (soz.), Heine-Dessau (soz.) und Werner-Gießen (wirtsch. Vgg.) über die Juden im Heere.

Der Abg. Waldstein (fortsch. Vp.) erklärt, daß nach der Verfassung niemand von irgendwelchen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen werden dürfe. Damit schließt die Debatte. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Verwendung des Heeres zu politischen Zwecken.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert: Die Mannschaften dürfen nicht verwendet werden 1) zu polizeilichen Zwecken im wirtschaftlichen oder politischen Kampf; 2) als Ersatz für Streikende und ausgesperrte Arbeiter.

Abg. Dr. Liebknecht (soz.) begründet den Antrag. Er verweist auf Äußerungen hoher Offiziere, aus denen hervorgehe, daß das Heer als Waffe gegen die Sozialdemokratie betrachtet werde. Der Abgeordnete kommt auf den bekannten Brief König Friedrich Wilhelms IV. zu sprechen, wobei er zur Ordnung gerufen wird.

Kriegsminister v. Heeringen: Der Vorredner hat wieder behauptet, die Armee sei in erster Linie gegen den inneren Feind da und die ganze Wehrvorlage sei nur aus diesem Grunde geplant. Außerhalb seiner Partei wird er mit dieser Überzeugung kaum Boden gewinnen. In keinem Lande der Welt wird die Armee so wenig gegen innere Unruhen verwendet wie in Deutschland. Die Armee wird ihre Pflicht und Schuldigkeit tun im Kriege gegen den äußeren Feind und, wenn es nicht zu vermeiden ist, — hoffentlich tritt das nie ein — auch im Frieden.

Die Abgg. Sachse (soz.) und Dr. Liebknecht (soz.) führen Beschwerde über die Verwendung von Maschinengewehren im Mansfelder Streik.

Kriegsminister v. Heeringen: Die Maschinengewehre sind ein integrierender Bestandteil unsres Heeres. Ebensogut könnte man dem Soldaten auch sagen, laßt die Gewehre zu Hause. Die Streikenden sehen meist selbst ein, daß sie gut tun, nach Hause zu gehen, wenn die Seitengewehre aufgepflanzt werden.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Resolutionen der Budgetkommission fordern eine Reform des Militärstrafgesetzbuches im Sinne moderner Rechtsanschauungen, eine Revision der Militärstrafgerichtsordnung. Die Soldatenmißhandlungen sollen auch durch Reform des Militärbeschwerderechts bekämpft werden.

Abg. Stadthagen (soz.) begründet Anträge, die im Militärstrafgesetzbuch mildernde Umstände einführen und den strengen Arrest aufheben wollen. — Darauf vertagt sich das Haus.

Wahnsinnstaten in der Mädchenschule.

Ein Wahnsinniger hat am Freitag in der katholischen Marienschule in Bremen ein entsetzliches Blutbad angerichtet. Er schoß siebenmal in eine große Schar von Kindern, tötete zwei und verletzte viele andre zum Teil schwer. Unter den Kindern brach eine Panik aus, die den Tod eines dritten Kindes und schwere Verletzungen andrer Mädchen zur Folge hatte. Der Attentäter, der fast gelyncht wurde, ist ein Wahnsinniger namens Schmidt, der an der fixen Idee leidet, daß er alle Jesuiten umbringen müsse. Der Täter wurde alsbald verhaftet. Bei seiner Vernehmung erlitt er schwere Tobsuchtsanfälle. Er hatte nicht weniger als sechs moderne Revolver bei sich und alle Taschen, ja sogar Hut und Strümpfe voll Patronen. Die beiden durch die Kugeln des Wüterichs getöteten Mädchen sind die erst siebenjährige Elsa Hermann und die acht Jahre alte Maria Röhlick. Das Mädchen, das sich beim Sturz von der Treppe das Genick brach, heißt Sophia Gorntsiewicz. Der Zustand des 24 Jahre alten unverheirateten Lehrers Möhlmann, der in der Schule den Wahnsinnigen entwaffnen wollte und dabei einen Schuß in den Unterleib erhielt, und der drei schwer verletzten Mädchen scheint nach den Aussagen der Ärzte vollkommen hoffnungslos zu sein. Zahlreiche Mütter und Angehörige fanden sich später im Schulgebäude und dem Diakonissenhause ein. Hier spielten sich entsetzliche Szenen ab, als die Mütter zu ihren verletzten oder getöteten Kindern geführt wurden. Die Mütter brachen in Schreikrämpfe aus, andre erlitten schwere Ohnmachtsanfälle. In der Stadt herrscht über den Vorfall die größte Aufregung.

Der eigene Weg.

1] Roman von Max Hoffmann.*)

1.

„Verehrtes gnädiges Fräulein!

Mit blutendem Herzen schreibe ich die folgenden Zeilen; aber alles verstehen, heißt alles verzeihen, und so hoffe auch ich auf ein mitfühlendes Verständnis für mein Verhalten rechnen zu dürfen. Die Wege des Schicksals erscheinen uns oft verworren und unbegreiflich, während sie in Wahrheit doch nur eine Folge sehr natürlicher Umstände sind. Um es kurz und entschlossen zu sagen: Ich sehe mich zu meinem größten Schmerze genötigt, unsre Verlobung aufzulösen. Es widerspricht meinem geraden und ehrlichen Charakter, über die Veranlassung zu diesem Schritte Unklarheit walten zu lassen, ich sage daher frei und offen alles heraus. Es ist durchaus nicht mangelnde Zuneigung, es ist kein irgendwie begründetes Mißbehagen an unserm Verhältnis zueinander, was mich zum Rückschritte treibt. Einzig und allein das tief beklagenswerte Ableben des Herrn Wirklichen Geheimen Oberregierungsrates ist schuld daran. Wenn der verehrte Herr Vater länger am Leben geblieben wäre, so hätte ich als sein Schwiegersohn vermöge seiner mächtigen Protektion die allerbesten Chancen für eine rasche und glänzende Karriere gehabt. Alles das ist durch die grausame Parze mit einem Male abgeschnitten. Ich bin aber durchaus entschlossen, eine meiner Tatkraft und meinem Ehrgeiz entsprechende Stellung so bald wie möglich einzunehmen, und sehe mich deshalb gezwungen, mich um einen andern Förderer meiner Person zu bemühen. Das ist keine Brutalität, das ist nur die ernste Pflicht eines Mannes, der die Kräfte, die er seinem Vaterlande zur Verfügung stellt, in ihrer schönsten Blüte ausgenutzt zu sehen wünscht. Kein kühl und gerecht denkender Mensch wird mir meinen Schritt verargen. Ich bitte mit schluchzender Seele um Verzeihung, aber es geht nicht anders.

In steter Hochachtung und liebevoller Verehrung

ergebenst

Kurt von Hasselberg.“

Elisabeth hatte soeben den Brief erhalten und mit flammender Entrüstung gelesen. Eine Blutwelle der Empörung und des Zornes stieg in ihr Antlitz und färbte die weiße Haut unter der schwarzen Haarumrahmung für einen Augenblick dunkelrot. Dann aber warf sie das Schreiben mit verächtlichem Lächeln auf den Tisch und beendete rasch ihre einfache Toilette. Punkt acht Uhr erschien sie wie immer zum gemeinsamen Frühstück im Speisezimmer. Mutter und Tante saßen bereits am Tisch und ließen sich trotz der Duldermiene und der gedämpften, ihr unseliges Geschick anklagenden Verzweiflung, die aus ihrem ganzen Wesen sprach, den Kakao und das frische Gebäck mit Butter gut schmecken. Seufzend kam das „Guten Morgen!“ aus ihren Kehlen, und in demselben resigniert-wehmütigen Ton erkundigten sie sich, ob Elisabeth gut geschlafen habe.

„Danke! Ausgezeichnet!“

„Ja, die Jugend!“ wimmerte die Tante. „Ich kann seit dem Tode meines geliebten Bruders kein Auge mehr schließen.“

„Es geht mir kaum anders,“ bestätigte die Mutter. „Mein lieber Mann hat alle Ruhe meines Herzens mit sich ins Grab genommen.“

„Was nutzt denn das nun?“ sagte Elisabeth mit leisem Anflug von Unwillen. „Ich trauere gewiß nicht weniger tief als ihr. Aber ich sage mir doch auch, daß das Leben sein Recht hat und daß wir uns ihm widmen müssen.“

„Ja, du hast gut reden. Dir winkt nicht bloß das Leben, auch die Liebe und eine schöne Zukunft an der Seite eines —“

„Sprich nicht weiter, Mama, ich bitte dich! Du bist vollständig im Irrtum. Lies einmal, bitte, diesen Brief, den ich soeben bekommen habe!“

Frau Wirkliche Geheime Oberregierungsrat Marhold nahm verwundert das Schreiben. Das alte Fräulein Eufemia Marhold, die Schwester des Verstorbenen, die das an Körperlichkeit zu wenig hatte, was ihre Schwägerin zu viel, beugte sich ebenfalls über den mit großen Schriftzügen bedeckten Briefbogen, und so lasen sie beide zugleich.

Immer schneller bewegten sich die Lippen der Frau beim Lesen, und als sie die Lektüre mit fliegendem Atem beendet hatte, ließ sie das Blatt mit einem Schrei der Entrüstung auf das Tischtuch fallen.

„Das ist ja aber mehr als brutal! Das ist niederträchtig, das ist — — —“

„Eine bodenlose Gemeinheit!“ ergänzte das dürre Fräulein.

„Und dieser Schuft,“ brachte die Mutter mit bebenden Lippen hervor, „dieser Schuft hat die Frechheit, acht Tage nach der Beerdigung unsres Unvergeßlichen —“

„Errege dich nur nicht so sehr, Mama!“ bat Elisabeth. „Ich danke Gott, daß ich noch, ehe es zu spät war, über den wahren Charakter dieses Herrn ins klare gekommen bin!“

„Das ist also deine Liebe?“

„Ich glaubte allerdings, ihn zu lieben, aber es muß wohl nicht das Richtige gewesen sein. Und wenn es das noch gewesen wäre, soll und kann man da überhaupt weiter lieben, wo man betrogen worden ist?“

„Ach, ich sage ja,“ erklärte die Tante weisheitsvoll, „so sind alle Männer. Es gibt keine edlen Charaktere mehr unter ihnen.“

Mutter und Tochter beachteten den Ausspruch altjüngferlicher Lebenserfahrung nicht weiter. Die beständigen Seitenhiebe, die Fräulein Eufemia gegen das starke Geschlecht zu richten liebte, waren ihnen sattsam bekannt.

Die Mutter sah lange ratlos vor sich hin. Endlich fragte sie schmerzlich: „Wie wirst du nur die Schande ertragen, meine liebe Elisa?“

„Schande?“ versetzte Elisabeth unmutig. „Du meinst doch nicht etwa, daß das eine Schande für mich sei? Doch nur für ihn.“

„Aber es ist schrecklich! Und das Gerede der Leute! Wenn ich daran denke!“

„Das soll mich wenig kümmern. Und wenn ich mir alles überlege, so sage ich noch einmal: Gott sei Dank, daß es so gekommen ist!“

„Du willst dem Menschen also gar noch dankbar sein?“

*) Unberechtigter Nachdruck wird verfolgt.